

Liberales Ökonomen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus

Dr. Philip Plickert
Wirtschaftsredakteur der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Auch Wissenschaftler der „Freiburger Schule“ waren am Widerstand gegen das Hitler-Regime beteiligt. Ein Resultat ihres Wirkens war die Konzeption einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur.



Ein Bild aus düsteren Zeiten, entstanden vermutlich im Jahr 1939 oder 1940: Drei Männer im Anzug, Wirtschaftsprofessoren der Universität Freiburg, sind ins Gespräch vertieft. Links sieht man *Adolf Lampe*, in der Mitte *Constantin von Dietze* und rechts *Walter Eucken*, dessen scharfes Profil unter seinem Hut hervortritt. Ihre Stimmung ist sichtlich gedrückt.

Die drei Ökonomen bildeten damals das Zentrum der oppositionellen Freiburger Kreise, die Anfang der vierziger Jahre enge Kontakte zu den führenden Persönlichkeiten des deutschen Widerstands gegen das Hitler-Regime knüpften. Ihre Entwürfe für eine wirtschaftspolitische Ordnung – eine Wettbewerbsordnung im Gegensatz zur Zentralverwaltungswirtschaft des Nationalsozialismus (NS) – gingen *Carl Goerdeler* und anderen Verschwörern des 20. Juli 1944 zu. Wie die neuere Forschung betont, bildeten die Entwürfe der Freiburger die Grundlage der verschiedenen Pläne der Widerstandsgruppen um *Goerdeler* bis hin zum Kreisauer Kreis für eine künftige Wirtschaftsverfassung nach *Adolf Hitlers* Sturz.¹

Die Widerstandskämpfer des 20. Juli scheiterten mit ihrem Ziel, das nationalsozialistische Regime

zu beseitigen. Viele bezahlten für ihre Gewissenshaft mit dem Leben. Mehrere der Freiburger Professoren wurden von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) gefasst und teils schwer gefoltert, überlebten aber mit viel Glück das Kriegsende. In den folgenden Jahren wurden ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen erstaunlich wirkmächtig. *Ludwig Erhard* griff *Euckens* Konzeption einer Wettbewerbsordnung auf und konnte sie in der Bundesrepublik weitgehend verwirklichen. Damit kann eine Linie gezogen werden von den freiheitlichen Ideen der bürgerlichen Widerständler zu den ordnungspolitischen Weichenstellungen von 1948, die zum „Wirtschaftswunder“ führten.

Richtungsstreit der deutschen Ökonomen

Nur eine kleine Minderheit der Ökonomen – darunter Linke, Liberale und Konservative – war im Dritten Reich aktiv oppositionell engagiert. Die Mehrheit verhielt sich opportunistisch angepasst. Sie hatten den Niedergang der Weimarer Republik mit ihren Krisen von Staat und Gesellschaft erlebt und sich in der schweren Depression nach 1929 orientierungslos gezeigt.

Dabei lähmte die Ökonomenzunft auch ein innerer Streit. Die deutschen Volkswirte stritten seit den 1920er Jahren um die Ausrichtung und Methoden ihres Fachs. Eine kleine Schar jüngerer, theoretisch ausgerichteter Ökonomen, zu deren führenden Köpfen *Eucken* zählte, wandte sich ge-

¹ Vgl. dazu Christine Blumenberg-Lampe, Das wirtschaftspolitische Programm der ‚Freiburger Kreise‘, Duncker & Humblot, Berlin 1973; Dagmar Rübsam/Hans Schadek (Hrsg.), Der „Freiburger Kreis“. Widerstand und Nachkriegsplanung 1933–1945 (Ausstellungskatalog), Freiburg 1990; Daniela Rüter, Der Widerstand des 20. Juli auf dem Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen der bürgerlichen Opposition gegen Hitler, Paderborn 2002; Nils Goldschmidt (Hrsg.), Wirtschaft, Politik und Freiheit. Freiburger Wirtschaftswissenschaftler und der Widerstand, Tübingen 2005.

gen die älteren Vertreter in der Tradition der Historischen Schule, deren statistisch-deskriptive, theorieferne Arbeiten in Deutschland über Jahrzehnte vorherrschten. Der junge *Alexander Rüstow* arbeitete daran, die Gruppe der „Theoretiker“ in der List-Gesellschaft und im Verein für Socialpolitik in Stellung zu bringen. *Rüstow*, in seinen Jugendjahren einem christlichen Sozialismus verbunden, hatte sich in den zwanziger Jahren marktwirtschaftlichen Idealen zugewandt. Zu seinen engsten Verbündeten zählte er neben *Eucken* vor allem *Wilhelm Röpke*, während *Joseph Schumpeter* distanziert blieb. Die Versuche, die Orientierung der Ökonomenzunft zu wenden, scheiterten inmitten der Weltwirtschaftskrise.²

Im Verein für Socialpolitik rückten Männer wie *Werner Sombart* an die Spitze. *Sombarts* Wahl zum Vorsitzenden kündete von einem geistigen Klimawandel. In seinem Buch „Deutscher Sozialismus“ von 1932 hatte der kulturpessimistische „geläuterte Marxist“ sich den Nationalsozialisten angebiebert: Seine Aufgabe sei, die „starken Kräfte, die zu einer Vollendung der nationalsozialistischen Idee nach ihrer sozialistischen Seite hin zu streben, in Bahnen zu lenken, in denen sie nicht verheerend, sondern befruchtend sich auswirken“.³ An deutschen Universitäten gaben andere NS-affine Ökonomen den Ton vor: *Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld* raunte von einer völkischen, gar rassegemäßen Wirtschaftsordnung. *Othmar Spann* mischte seine ständischen und korporatistischen Ideen hinzu. Über die Zeitschrift *Die Tat* propagierten zumeist ökonomische Laien die autarkistischen Ideale, denen auch der Nationalsozialismus zustrebte.

Weite Teile der deutschen Ökonomen-Szene ließen sich gleichschalten und passten sich den neuen ideologischen Vorgaben bereitwillig an. Nur wenig Widerspruch oder Widerstand war gegen die gewaltsame Säuberung der Universitäten von jüdischen und missliebigen Wissenschaftlern zu vernehmen. Die Mehrzahl der sozialistischen Theoretiker wanderte nach 1933 wegen ihrer politischen Überzeugungen aus. Auch einige liberale Ökonomen flüchteten, andere gingen in die innere Emigration.

2 Vgl. dazu Hauke Janssen, *Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren*, Marburg 1998, Seiten 20–38.

3 Zitiert nach ebenda, Seite 64. *Sombarts* Werbungsversuche endeten kläglich, vonseiten mancher NS-Stellen schlug ihm schroffe Ablehnung entgegen.

Frühe Opposition liberaler Ökonomen

Die Wege in die Opposition und den Widerstand waren oftmals verschlungen. Einige hatten sich schon in der Weimarer Republik dem Aufstieg des Nationalsozialismus entgegengestellt, etwa der junge *Wilhelm Röpke*. Zur Reichstagswahl im September 1930, die den ersten Durchbruch für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) brachte, verfasste der erst 30 Jahre alte Marburger Wirtschaftsprofessor ein Flugblatt, das er in seiner niedersächsischen Heimat verbreitete. Darin warnte *Röpke*: Wer nationalsozialistisch wähle, solle wissen, „dass er Chaos statt Ordnung, Zerstörung statt Aufbau wählt. Er soll wissen, dass er für den Krieg nach innen und nach außen, für sinnlose Zerstörung stimmt.“⁴

Wiederholt griff *Röpke* die wirtschaftspolitischen Ideen der Nationalsozialisten frontal an. In Artikeln unter Pseudonym in der Frankfurter Zeitung klagte er die intellektuellen NS-Sympathisanten aus der Zeitschrift *Die Tat* an, deren Antikapitalismus linke und rechte Elemente mischte. Ihre Vorliebe für planwirtschaftliche Lenkung führe in einen „Termitenstaat“; die von ihnen bewunderte Industrialisierung in der Sowjetunion sei unter ungeheurem sozialem Druck und auf Kosten des privaten Konsums geschehen. Wenige Tage nach der Machtergreifung hielt *Röpke* im Februar 1933 in Frankfurt einen Vortrag mit dem Titel „Epochenwende?“ Darin geißelte er die NS-Bewegung als „Aufstand der Massen“ gegen die Grundlagen freiheitlicher abendländischer Zivilisation. Im Widerspruch zu Vernunft, Freiheit und Humanität drohe eine beispiellose Verrohung und Verpöbelung, die „in die Urwälder Gemanians“ zurückführe, klagte *Röpke*. „Die Masse steht im Begriff, den Garten der europäischen Kultur zu zertrampeln, skrupellos, verständnislos.“⁵

Als offener Gegner des Nationalsozialismus war *Röpke* einer der ersten bürgerlichen, nicht-jüdischen Professoren, die aus der Universität gedrängt wurden. Nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums betrieben die neuen Machthaber seine Entlassung. Im April 1933 floh *Röpke* ins Ausland und zog sich in Istanbul zurück. Von 1937 an lehrte er an einem Universitätsinstitut in Genf. In Artikeln für die *Neue Zürcher Zeitung* klagte er während des Krieges die Politik des NS-Regimes an. Sein wichtigster Beitrag

4 Zitiert nach Hans Jörg Hennecke, *Wilhelm Röpke. Ein Leben in der Brandung*, Stuttgart 2005, Seiten 71–73.

5 Vgl. und zitiert nach ebenda, Seiten 89–98.

zum geistigen Widerstand jedoch waren seine Bücher „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ und „Civitas humana“. Darin legte er die intellektuellen und sozialen Wurzeln der kollektivistischen Ideologien des Kommunismus und des Nationalsozialismus offen und entwarf die Gegen-Utopie: eine dezentrale mittelständische Wirtschafts- und Sozialordnung, die individuelle Freiheit und Verantwortung vereint. Einige Exemplare dieser Werke wurden nach Deutschland eingeschmuggelt. Auch *Ludwig Erhard* bekam sie in der Endphase des Krieges zu lesen. Wie er später bekannte, saugte er sie auf „wie die Wüste das Wasser“.⁶

Auch *Rüstow*, der mit *Röpke* befreundete und geistesverwandte Sozialphilosoph, wählte nach der NS-Machtergreifung den Weg ins Exil. In der Endphase der Weimarer Republik war *Rüstow* in verschiedenen wirtschaftsliberalen Berliner Zirkeln engagiert und knüpfte enge Kontakte zur Politik, insbesondere zur Regierung *Franz von Papens*. Fieberhaft suchte *Rüstow* nach Lösungen für die Wirtschaftskrise. Er arbeitete dabei mit seinem Bruder *Hans-Joachim Rüstow* und mit *Wilhelm Lautenbach* im Reichswirtschaftsministerium zusammen, die eigene Pläne für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorlegten. Zuletzt versuchte er, die *Papen'sche* Konstruktion einer Regierung mit *Hitler* als Kanzler zu verhindern. Nachdem dies scheiterte und die Gestapo im März 1933 das Haus der *Rüstows* durchsuchte, entschloss er sich zur Emigration.⁷ Auf Vermittlung seines Freundes *Röpke* erhielt *Rüstow* einen Ruf an die Universität Istanbul, wo er siebzehn Jahre ausharrte. Zugleich aber blieb er an den Debatten in Europa über einen erneuerten Liberalismus beteiligt. 1938 waren *Rüstow* und *Röpke* wichtige Stimmen beim Colloque Walter Lippmann in Paris, das als Geburtsstunde des Neoliberalismus gilt.⁸

Am anderen Ende des liberalen Spektrums stand der Österreicher *Ludwig von Mises*, der in Wien in den 1920er Jahren in einem Privatseminar eine Gruppe hochbegabter junger Ökonomen um sich gesammelt hatte, darunter *Friedrich August von Hayek*, *Gottfried von Haberler* und *Fritz Machlup*. Anders als *Rüstow* wollte *von Mises* an altliberalen Idealen festhalten. Seine radikal-marktwirtschaftliche Haltung ließ ihn gegen jeden Eingriff des Staates

eintreten, der in eine Interventionsspirale münden müsse. Die Ursachen der Weltwirtschaftskrise sah er in vorangegangenen Verzerrungen, vor allem durch die geldpolitische Expansion der zwanziger Jahre, die einen künstlichen ungesunden Boom ausgelöst hatte, der in eine scharfe korrigierende Rezession münden musste. Im Jahr 1934, als Österreich zunächst von einem Putschversuch der Sozialisten, dann von einem der illegalen Nationalsozialisten erschüttert wurde, entschloss sich *von Mises* zur Auswanderung und nahm ein Angebot aus Genf an, wo er *Röpke* wiedertraf. 1940 floh er auf abenteuerliche Weise quer durch Europa und ließ sich in New York nieder. Auch seine Schüler *von Haberler* und *Machlup* waren nach Amerika übergesiedelt. *Von Hayek* lehrte seit 1930 in England an der London School of Economics.⁹

Nach der Emigration der wichtigsten Vertreter der klassisch-liberalen Österreichischen Schule endete diese Tradition in Wien. Die Österreicher hielten aber weiter Kontakt zueinander und zu anderen liberalen Ökonomen in Deutschland und Europa. *Von Mises* und *von Hayek* kamen 1938 zum Pariser Colloque Walter Lippmann. Nach dem Krieg setzte sich *von Hayek* für die Gründung einer Vereinigung liberaler Intellektueller ein, die 1947 am Mont Pèlerin glückte – mit *Eucken* als einzigem Teilnehmer aus dem zerstörten Deutschland. Später wurde die Mont Pèlerin Society, der auch *Erhard* und die Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft beitraten, das geistige Zentrum einer (neo-)liberalen Gegenbewegung zum sozialistisch-keynesianischen Zeitgeist. Wie *von Hayek* 1947 bei der Eröffnungsrede betonte, sei der „Gedanke der Wettbewerbsordnung bei den Deutschen viel lebendiger geblieben“, als man nach zwölf Jahren NS-Herrschaft hätte erwarten mögen.¹⁰ Das war nicht zuletzt das Verdienst *Euckens* und seiner Freiburger Freunde, die in Deutschland ausgeharrt hatten.

Die Formierung der Freiburger Kreise

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten bedeutete an den deutschen Universitäten vielfach einen tiefen Einschnitt. Mit großer Härte gingen die Nationalsozialisten gegen missliebige Wissenschaftler vor. Bis zum Wintersemester 1934/35 war etwa ein Siebtel der Dozenten und Professoren der deutschen Universitäten aus politischen oder rassistischen Gründen entlassen worden. In den

⁶ Ludwig Erhard, in: Wilhelm Röpke, Gegen die Brandung. Zeugnisse eines Gelehrten unserer Zeit, hrsg. von Albert Hunold, Erlenbach-Zürich/Stuttgart 1959, Seite 12.

⁷ Zu Rüstows Wirken in der späten Weimarer Republik vgl. Kathrin Meier-Rust, Alexander Rüstow. Geschichtsdeutung und liberales Engagement, Stuttgart 1993, Seiten 54–59.

⁸ Vgl. dazu Philip Plickert, Wandlungen des Neoliberalismus, Stuttgart 2008, Seiten 89–111.

⁹ Vgl. Earlene Craver, The emigration of the Austrian economists, in: History of Political Economy 18, 1/1986.

¹⁰ Vgl. Philip Plickert, a. a. O., Zitat auf Seite 142.

Wirtschaftswissenschaften war es sogar fast ein Viertel.¹¹

Die Situation an der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg hatte sich zugespitzt, da der neue Rektor *Martin Heidegger* die Hochschule zu einer nationalsozialistischen Musteranstalt mit einem straffen Führerprinzip umformen wollte. In seiner Rektorsrede im November 1933 polemisierte *Heidegger* gegen die „vielbesungene ‚akademische Freiheit‘“ und kündigte an, diese aus der Universität zu „verstoßen“. Dagegen regte sich Widerspruch. Der 42 Jahre alte *Walter Eucken*, der seit 1927 in Freiburg lehrte, tat sich als „Sprecher der latenten Opposition im Senat“ hervor.¹² Neben anderem untergrub der Konflikt mit der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät *Heideggers* Position, bis er 1934 entnervt seinen Rücktritt einreichte.

Unzweifelhaft ist, dass *Eucken* von Anfang an tiefen Abscheu gegen das neue Regime empfand. Als überzeugter protestantischer Christ war er entsetzt über die Verfolgung der Juden, darunter auch sein Freund *Edmund Husserl*. Nach Erlass der Nürnberger Gesetze 1935 schrieb *Eucken* in sein Tagebuch: „Alle Juden werden beurlaubt oder aus dem Staatsdienst entlassen. Überall Misshandlungen. Diese Sünde, die das deutsche Volk begeht, indem es wehrlose Menschen seelisch und körperlich misshandelt, wird sich an ihm furchtbar rächen. Gott ist auch ein rächender Gott.“¹³

Auch der Wirtschaftsjurist und Privatdozent *Franz Böhm*, der seit 1932 in Freiburg mit *Eucken* gemeinsame Seminare abhielt, wandte sich gegen die antijüdische Politik. Er war mit einer Jüdin, der Tochter der Schriftstellerin *Ricarda Huch*, verheiratet und sah die antisemitischen Tendenzen im NS-Reich mit Schrecken. 1937 hatte *Böhm* eine Vertretungsprofessur in Jena inne. Bei einem Streitgespräch mit einem NS-Funktionär kritisierte er, dass die Juden zu Sündenböcken gemacht würden. Für diese Aussage wurde *Böhm* mit einem Disziplinarverfahren überzogen und vom Universitätsdienst suspendiert. Die Pogrome der Reichskristallnacht am 9. November 1938 erschütterten *Eucken* und seine Freunde, darunter der Historiker *Gerhard Ritter*. *Ritter* schrieb in einem Brief über die Ereignisse: „Was wir in den letzten beiden Wo-

chen erlebt haben im Ganzen des Vaterlandes, ist das Beschämendste und Schrecklichste, was seit langen Jahren geschehen ist. Wohin sind wir gekommen!!!“¹⁴

Als Reaktion auf die vom NS-Regime gelenkten antijüdischen Ausschreitungen gründeten *von Dietze*, *Lampe*, *Eucken* und *Ritter* mit anderen Professoren und evangelischen Pfarrern das Freiburger Konzil. Man traf sich reihum in den Privathäusern der Teilnehmer und diskutierte über die Frage des für Christen gebotenen Widerstands. Aus den Debatten entstand, verfasst weitgehend von *Ritter*, eine Denkschrift „Kirche und Welt“. Die Frage des Widerstands stellte sich auch dringlich vor dem Hintergrund des „Kirchenkampfes“ zwischen regimekritischen und regimetreuen Christen. *Von Dietze*, der nicht nur Agrarökonom, sondern auch Theologe war, engagierte sich schon früh in der Bekennenden Kirche in Berlin, die sich gegen eine Vereinnahmung durch den NS-Staat wehrte. Schon 1937 war er erstmals von der Gestapo verhaftet worden. Er blieb jedoch auch nach seiner Übersiedlung nach Freiburg aktiv. Über ihn kam der Kontakt des Freiburger Konzils mit dem Berliner Pfarrer *Dietrich Bonhoeffer* zustande.

Im Auftrag *Bonhoeffers* und der Leitung der Bekennenden Kirche arbeiteten die Freiburger 1942/1943 eine umfangreiche Denkschrift mit dem Titel „Politische Gemeinschaftsordnung“ aus, die staats- und wirtschaftspolitische Überlegungen für die Zeit nach dem Ende der NS-Herrschaft enthielt. Die Aussagen zu Staat und Gesellschaft blieben dabei einer engeren protestantischen Geistestradiation verhaftet. Wegweisend war der Teil zur Wirtschafts- und Sozialordnung. Aufbauend auf *Euckens* Konzepten nahm er in Umrissen schon die spätere Wettbewerbsordnung der Bundesrepublik vorweg. In scharfem Widerspruch zur nationalsozialistischen Politik schrieben *Eucken*, *von Dietze* und *Lampe*, „eine auf weiteres Vorantreiben zentraler Leitung gerichtete und damit auf Vollendung des Kollektivismus hinauslaufende Wirtschaftspolitik ist abzulehnen“. Stattdessen sollte Wettbewerb ermöglicht werden und „die Ordnung auf Selbstverantwortlichkeit der Einzelwirtschaftenden beruhen, sollen Markt- und Preisfreiheit herrschen“. Der Staat solle aber auch kein Laissez-faire betreiben, sondern strenge Regeln für alle Marktteilnehmer aufstellen. Dies beuge „Machtzusammenballungen“ vor.¹⁵

11 Vgl. Harald Hagemann, Widerstand und Emigration. Die Lage der deutschsprachigen Nationalökonomie nach 1933 und die Rolle Freiburger Wirtschaftswissenschaftler, in: Nils Goldschmidt (Hrsg.), a. a. O., Seite 3.

12 Ernst Schulin, Einleitung, in: Dagmar Rübsam/Hans Schadek, a. a. O., Seite 10.

13 Zitiert nach Dagmar Rübsam/Hans Schadek, a. a. O., Seite 57.

14 Zitiert nach Dagmar Rübsam/Hans Schadek, a. a. O., Seite 62.
15 Constantin von Dietze/Walter Eucken/Adolf Lampe, Wirtschafts- und Sozialordnung, in: Nils Goldschmidt/Michael Wohlgemuth (Hrsg.), Grundtexte zur Freiburger Tradition der Ordnungsökonomik, Tübingen 2008, Seite 108.

Das Konzept der freiheitlichen Wettbewerbsordnung

Um die Bedeutung dieses wirtschaftspolitischen Entwurfs zu erfassen, sind die zeitgeschichtlichen Hintergründe zu bedenken. 1932 hatte sich an der Universität Freiburg eine Forschungsgruppe zusammengefunden, die neben *Eucken* vor allem die Juristen *Hans Großmann-Doerth* und *Franz Böhm* prägten. Sie debattierten über „Die Ordnung der Wirtschaft“, so der Titel ihrer ab 1937 veröffentlichten Schriftenreihe. „Die Frage, die uns gemeinsam beschäftigte, war, wenn man sie eng fasst, die Frage der privaten Macht in einer freien Gesellschaft. Sie führt notwendigerweise weiter zu der Frage, wie die Ordnung einer freien Wirtschaft beschaffen ist“, erklärte *Böhm* rückblickend. Als Gefahrenquelle für den Bestand einer freiheitlichen Ordnung sahen die Freiburger „jede stärkere Konzentration der Gewalt ... sei es politische, öffentliche Gewalt, sei es die Macht einzelner Privatpersonen oder gesellschaftlicher Gruppen“.¹⁶

Ihr Konzept der Wettbewerbsordnung stand somit in völligem Kontrast zur wirtschaftspolitischen Praxis der Zeit. Es zielte darauf, einen staatlichen Ordnungsrahmen für echten Leistungswettbewerb zu schaffen, um so die unselige deutsche Tradition einer „vermachteten“ Wirtschaft der Kartelle und Monopole zu beenden. Nach einer Entscheidung des Reichsgerichtshofs von 1897 waren Kartellverträge in Deutschland zivilgerichtlich legal und einklagbar. In der Weimarer Republik gab es zwar seit 1923 ein Wettbewerbsgesetz, das Kartelle aber nicht generell verbot, sondern sie einer staatlichen Aufsicht unterwarf, um „Missbrauch“ zu verhindern. Tatsächlich war die Regelung leicht zu umgehen. Rasch stieg die Zahl der Kartelle in Industrie, Handel und Finanzwesen auf rund 2500. *Böhm* hatte diese Entwicklung als Referent im Reichswirtschaftsministerium verfolgt. Die staatlich sanktionierte Kartellierung und andere Eingriffe begünstigten die spätere Übernahme und Lenkung der Wirtschaft durch die Nationalsozialisten: „Der Weg zum totalitären Staat war gut gepflastert worden“, beklagte der emigrierte Ökonom und Publizist *Gustav Stolper*. „Die nationalsozialistische Regierung brauchte nur die von ihren Vorgängern geschmiedeten Werkzeuge der Staatsgewalt für ihre eigenen Zwecke zu nützen.“¹⁷

¹⁶ Franz Böhm, Die Forschungs- und Lehrgemeinschaft zwischen Juristen und Volkswirten an der Universität Freiburg in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts, in: Hans Julius Wolff (Hrsg.), Aus der Geschichte der Rechts- und Staatswissenschaften in Freiburg im Breisgau, Freiburg 1957, Seiten 99 und 112.

Das Konzept der Wettbewerbsordnung enthielt somit nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische Dimension der Freiheitssicherung. Zugleich trieben die Freiburger ähnlich wie *Rüstow* und *Röpke* eine Revision früherer liberaler Ideale, namentlich des Laissez-faire-Prinzips voran. Diesem lasteten sie einige der Fehlentwicklungen an, die den Aufstieg freiheitsfeindlicher Interessengruppen, eine „Vermachtung“ der Wirtschaft und die problematische Verflechtung mit dem Staat ermöglicht hätten. Zwei Schlüsseldokumente markieren die Entstehung eines spezifisch deutschen Neo- bzw. Ordoliberalismus: zum einen die programmatische Rede *Rüstows* auf der Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik 1932 in Dresden; zum anderen ein grundlegender Aufsatz *Euckens* über das Verhältnis von Wirtschaft und Staat, der ebenfalls 1932 im Weltwirtschaftlichen Archiv veröffentlicht wurde.¹⁸ *Rüstow* beklagte, dass die Wirtschaftskrise auch durch einen fehlgeleiteten „Interventionismus und Subventionismus der öffentlichen Hand“ verursacht sei. Der Staat habe sich in die Wirtschaft eingemischt und sei damit „Beute“ der Lobbygruppen geworden. Falls der Staat eingreife, dann dürfe er dies nur „in Richtung der Marktgesetze“ tun, forderte *Rüstow*, nicht zur Verhinderung oder Verzögerung eines unumgänglichen Strukturwandels.

Explizit plädierten *Rüstow* und *Eucken* für einen starken Staat, der sich nicht vereinnahmen lasse. Dieser Staat bedürfe einer Selbstbindung und Selbstbeschränkung, wobei *Rüstow* bei aller Kritik am „alten Liberalismus“ doch auch dessen Leistungen und Verdienste herausstellte.¹⁹ In ähnlicher Weise wie *Rüstow* kritisierte *Eucken* in seinem Aufsatz einen historischen „Verflechtungsprozess“ von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Der in den Wirtschaftsablauf punktuell intervenierende postliberale Staat habe die politische Aktivität der betroffenen Gruppen hervorgerufen und werde in der Folge von organisierten Interessen okkupiert,

¹⁷ Gustav Stolper/Karl Häuser/Knut Borchardt, Deutsche Wirtschaft seit 1870, Tübingen 1964, Seite 144.

¹⁸ Alexander Rüstow, Freie Wirtschaft – Starker Staat (1932), wiederabgedruckt unter dem Titel: Die staatspolitischen Voraussetzungen des wirtschaftspolitischen Liberalismus, in: Alexander Rüstow, Rede und Antwort, Ludwigsburg 1963, Seiten 249–258; Walter Eucken, Staatliche Strukturwandlungen und die Krise des Kapitalismus, in: Weltwirtschaftliches Archiv 36, 1932, Seiten 297–321.

¹⁹ Wörtlich sagte er, dass der „alte Liberalismus“ einem „starken Staat“ gegenüberstand und „nicht Schwäche ..., sondern Freigabe des Entfaltungsraumes für sich selber unter dem Schutz dieses gegebenen starken Staates“ verlangt habe (Alexander Rüstow, a. a. O., Seite 258). Völlig verfehlt ist es, dieses Ideal in die Nähe von autoritären Ansätzen oder einer Carl Schmittschen Staatskonzeption zu rücken, wie dies etwa Dieter Haselbach tut (vgl. Dieter Haselbach, Autoritärer Liberalismus und soziale Marktwirtschaft: Gesellschaft und Politik im Ordoliberalismus, Baden-Baden 1991) und streckenweise auch Daniela Rüter, a. a. O.

die um Subventionen und Privilegien werben. Es drohe die „Versumpfung des Kapitalismus“. Die Zerstörung des liberalen Staates habe im zwanzigsten Jahrhundert zu einem ständig intervenierenden, nicht aber starken Staat geführt: „Der totale Wirtschaftsstaat würde ein schwacher Staat sein“, warnte *Eucken*.²⁰

Aus dieser merkwürdigen Dialektik heraus folgerten die neoliberalen Ökonomen, dass der Staat, um ein freiheitlicher Rechtsstaat zu bleiben und nicht vereinnahmt zu werden, sich auf die Etablierung einer Wettbewerbsordnung beschränken müsse, innerhalb derer die Wirtschaft dann zum Wohle der Verbraucher frei agieren könne. Dieses Konzept, das später *Ludwig Erhard* aufgriff, stand im Widerspruch zu den nationalsozialistischen Vorstellungen von Wirtschaftspolitik, die diese in den Dienst anderer Ziele, etwa zur Aufrüstung für künftige Kriege, stellen wollten. Ausgangspunkt der NS-Ideologie waren kollektivistische Vorstellungen von einer möglichst homogenen Volksgemeinschaft. Das Schlagwort „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ war direkt gegen ältere wirtschaftsliberale Vorstellungen gerichtet, die von der Verfolgung wirtschaftlicher Eigeninteressen eine dynamische Wirtschaft und damit auch eine Zunahme des allgemeinen Wohlstands erwarteten.

Unter den (neo-)liberalen Ökonomen wie auch in der bürgerlichen Opposition sahen einige sehr deutlich die strukturellen Gemeinsamkeiten zwischen nationalsozialistischer und sozialistisch-kommunistischer Ideologie, die auf ähnliche Weise in der Weltwirtschaftskrise die zunehmenden anti-marktwirtschaftlichen (anti-kapitalistischen) Ressentiments nutzten. Faktisch setzten die beiden scheinbar konträren Ideologien auf eine zentrale, totalitäre Lenkung von Wirtschaft und Gesellschaft und standen sich in ihrer Betonung des Vorrangs des Kollektivs vor dem Individuum erstaunlich nahe. Auf solche Gemeinsamkeiten von braunen und roten Antikapitalisten wiesen damals liberale Ökonomen wie *von Mises* und *von Hayek* hin.²¹ „*Hayek* zögert nicht, den unleugbaren Verbindungslinien nachzugehen, die sich vom marxistischen Sozialismus zum späteren Nationalsozialismus ziehen lassen“, schrieb *Röpke* in der Einleitung zur ersten deutschen Ausgabe des Buches. Konservative Zeitgenossen – gerade auch in

den Kirchen – warnten in den zwanziger und dreißiger Jahren vor einem „braunen Bolschewismus“. Auch spätere Historiker haben das Amalgam von rechten und linken Ideen im Nationalsozialismus zuweilen angesprochen.²²

Kritische Haltung der liberalen Ökonomen zum Krieg

Als sich die Freiburger im Winter 1938 in ihrem „Konzil“ auf Anregung *von Dietzes* und *Lampes* mit ethischen Fragen des Widerstands befassten, warf der Krieg schon seinen Schatten voraus. *Lampe* hatte sich als einer der wenigen Wirtschaftswissenschaftler aus ökonomischer Perspektive mit dem Problem der „Wehrwirtschaft“ beschäftigt – und wurde dafür ungerechtfertigter Weise nach dem Krieg von der französischen Besatzungsmacht in ein Straflager gesteckt, was seinen frühen Tod wohl beschleunigte. Dass *Lampe* die Bestrebungen der Nationalsozialisten ablehnte, kann angesichts seiner Vita nicht bezweifelt werden.²³ Schon als junger Dozent in München hatte er nach dem Hitler-Putsch 1923 in der Universität gegen die Nationalsozialisten öffentlich Stellung bezogen. Später attackierte er die abstrusen Thesen des NS-Theoretikers *Gottfried Feder* zur „Zinsknechtschaft“, den er zu einem wissenschaftlichen „Duell“ aufforderte.

Auch nach 1933 geriet er mehrfach mit den neuen Machthabern in Konflikt, es drohte ihm sogar zeitweilig eine Entlassung aus dem Universitätsdienst. Der badische Gauleiter wurde gegen *Lampe* aktiv, weil dieser „Vorträge hält, die in der überholten, lebensfremden, liberalistischen Denkweise liegen und keineswegs im nationalsozialistischen Staate geduldet werden dürfen“.²⁴ Der Freiburger Professor ließ sich aber nicht einschüchtern. Er suchte Kontakte zu NS-kritischen Offizieren in der Wehrmacht, etwa Oberst *Georg Thomas*, der für „Wehrwirtschafts- und Waffenwesen“ zuständig war und seit 1939/40 in der militärischen Opposi-

22 Etwa der dezidiert nicht-konservative Sebastian Haffner betonte „die sozialistische Seite des Hitlerschen Nationalsozialismus“ und hat sogar behauptet, dass Hitler und die NS-Bewegung in vieler Hinsicht „eher ‚linke‘ als ‚rechte‘ Züge“ trugen. Siehe Sebastian Haffner, *Anmerkungen zu Hitler*, München 1998 (1. Auflage 1978), Seiten 50–53 und 77. Später hat Rainer Zitelmann diese Aspekte aufgegriffen und die Bedeutung der linken, sozialistischen Seite des Nationalsozialismus hervorgehoben; vgl. Rainer Zitelmann, *Hitler. Selbstverständnis eines Revolutionärs*, Stuttgart 1990.

23 Vgl. dazu Heinz Grosseckler, *Adolf Lampe, die Transformationsprobleme zwischen Friedens- und Kriegswirtschaften und die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath*, in: Nils Goldschmidt (Hrsg.), a. a. O.

24 Zitiert nach Daniela Rüther, a. a. O., Seite 112.

20 Walter Eucken, a. a. O., Seite 319.

21 Vgl. Ludwig von Mises, *Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus*, (umgearbeitete Ausgabe von 1932), Neuausgabe Stuttgart 2007, Seite 463, sowie Friedrich August von Hayek, *Der Weg zur Knechtschaft* (Original: *The Road to Serfdom* 1944), zuletzt Tübingen 2004, Seiten 146–158.

tion aktiv war. *Lampes* Ablehnung von *Hitlers* Angriffskriegen wurde auch deutlich, als er 1940 sein Offizierspatent aus dem Ersten Weltkrieg aus Protest gegen den deutschen Einmarsch in Holland und Belgien zurückgab.

In seinem Buch „Allgemeine Wehrwirtschaft“ hatte *Lampe* die Probleme der Transformation einer Friedens- in eine Kriegswirtschaft analysiert. Es ging ihm dabei keineswegs darum, Kriegsvorbereitungen zu verherrlichen oder zu fördern. Er wandte sich gegen einen „aggressiven Geist“ und stellte in der Einleitung klar, dass „auch die Kriege der Zukunft, wirtschaftlich gesehen, nur Verlierer kennen“.²⁵ Indirekt zielten *Lampes* Empfehlungen darauf ab, die Belastungen und Kosten einer Wehrwirtschaft für die Bevölkerung so niedrig wie möglich zu halten. Dazu empfahl er, auch im Krieg den marktwirtschaftlichen Koordinationsmechanismus beizubehalten und zu nutzen. Zur Finanzierung von Rüstungsausgaben empfahl er allgemeine Steuern und warnte vor einer potenziell inflationistischen Kriegsfinanzierung durch Kredite und ungedeckte Geldschöpfung.

Tatsächlich aber wählte die nationalsozialistische Regierung genau diesen Weg: Ihre Politik war es, die Kosten der Kriegsvorbereitung zu verschleiern. Ein Teil wurde über Steuern finanziert, wesentlich mehr jedoch über Kredite und Geldschöpfung. Daraus resultierte ein Inflationsdruck, der mittels eines staatlichen Preisstopps zurückgestaut wurde. Der Vierjahresplan von 1936, entworfen unter Leitung von *Hermann Göring*, beseitigte die Reste der marktwirtschaftlichen Ordnung. An ihre Stelle trat eine Art von Zentralverwaltungswirtschaft – zwar unter formeller Beibehaltung des Privateigentums, doch der Primat der Politik entschied über die Ressourcenverwendung. Dazu spannte die Regierung die bestehenden Kartelle und Verbände für ihre Zwecke ein. Sie förderte weitere Konzentration und Zusammenschlüsse in der Wirtschaft, die sich so leichter lenken ließ.

Die Freiburger Professoren sahen all dies mit wachsender Sorge. Gelegenheit zur Kritik bot sich, als *Eucken* und *Lampe* 1939 in einen „Professoren-ausschuss“ berufen wurden, der im Auftrag des Reichswirtschaftsministeriums die Lage der deutschen Wirtschaft kurz nach Ausbruch des Krieges analysieren sollte. Im Ministerium hielt der wirtschaftsliberale Referatsleiter *Paul Josten*, der frühere Vorgesetzte *Franz Böhm*s, die Diskussion für dringend notwendig. Wie *Lampe* war er äußerst beun-

ruhigt über die inflationistische Kriegsfinanzierung. Das Endgutachten der Professoren sparte nicht mit harscher Kritik an der offenen und verdeckten Geldschöpfung; zudem monierte es einen zusammenhanglosen Wirrwarr an wirtschaftspolitischen Einzelmaßnahmen. *Eucken* und *Lampe*, die den Tenor des Gutachtens maßgeblich prägten, machten klar, dass sie die NS-Wirtschaftspolitik für falsch und gefährlich hielten.

Pläne für die Wirtschaftsordnung nach dem Krieg

Der kritische Professoren-ausschuss sollte eine Fortsetzung in der Akademie für deutsches Recht finden. 1940 war hier eine „Klasse IV“ mit einer Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre eingerichtet worden. Leiter dieser Klasse mit etwa 80 Wissenschaftlern war *Jens Jessen*. Der in Berlin lehrende Ökonom trat in den frühen dreißiger Jahren öffentlich als Anhänger des Nationalsozialismus auf, wandte sich dann aber ab und schloss sich schließlich dem Widerstand an, wofür er mit dem Leben bezahlen sollte. Die Klasse IV und vor allem die vom Bonner Professor *Erwin von Beckerath* geleitete Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftslehre hatte trotz ihres offiziellen Auftrags – Erforschung der völkischen Wirtschaft – erstaunliche Freiräume für offene und auch regimekritische Diskussionen über die Wirtschaftspolitik.

Neben *Jessen* arbeiteten in ihr die Freiburger *Eucken*, *Lampe*, von *Dietze* und weitere oppositionelle Ökonomen wie der Kölner Finanzwissenschaftler *Günther Schmölders*, der wirtschaftlicher Berater des Kreisauer Kreises war, sowie *Peter Graf York von Wartenberg*, einer der Köpfe des Kreisauer Kreises, der bis 1942 als Referent beim Reichspreiskommissariat angestellt war und dort schon unter *Goerdeler* gearbeitet hatte. Ein Beispiel für ihre fachliche Regimekritik war ein Sammelband von 1941 mit Referaten aus der Klasse IV, den *Schmölders* herausgab. *Eucken* zeigte darin unverhohlen, dass er die NS-Zentralverwaltungswirtschaft für einen Irrweg halte, und forderte eine „völlige Umgestaltung“ der Wirtschaftsordnung nach dem Krieg.²⁶ Überraschend war, dass eine so kritische Schrift die damalige Zensur passierte. *Röpke* las den Sammelband in der Schweiz und stellte in einer Rezension in der Neuen Zürcher Zeitung fest, dass

²⁶ Zitiert nach Daniela Rüter, a. a. O., Seite 126. Die sonst gegenüber den Freiburgern sehr kritische Historikerin zeigt sich hier beeindruckt von „Euckens unerschrockener Klarheit der Diktion und Argumentation“.

²⁵ Zitiert nach Heinz Grosseckler, a. a. O., Seite 99.

die Schrift mit *Euckens* Beitrag „das Fiasko der NS-Wirtschaftspolitik“ offen anprangere.²⁷

Die zum Teil sehr kritische Arbeit der Klasse IV blieb oberen Stellen nicht verborgen. Anfang 1943 wurde sie als „nicht kriegswichtig“ eingestellt. Allerdings fanden die ökonomischen Diskussionen eine private Fortsetzung in der „Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath“. Sie traf sich fortan meist in Privathäusern in Freiburg, zweimal auch in Bonn und in Jena. Die ordoliberalen Freiburger mit *Eucken* an der Spitze sowie *Böhm*, der nun in Jena lebte, waren die tonangebenden Stimmen in der Arbeitsgemeinschaft. Sie befasste sich systematisch mit einer künftigen Wirtschaftsordnung nach dem Untergang des NS-Regimes. *Lampe* schrieb an *Schmölders*, es gelte „das Unsere zur Vermeidung eines vollendeten Chaos beizutragen“.²⁸

Als Ideal schwebte ihnen eine freiheitliche Wettbewerbsordnung vor, wie sie *Eucken* seit den dreißiger Jahren beschrieben hatte. Obwohl sie die Zielsetzung, eine radikale Alternative zum NS-Regime zu entwerfen, und die Annahmen, vor allem die Erwartung einer Niederlage, in ihren Gutachten geschickt verschleierte, war die Tätigkeit der halb-konspirativen Arbeitsgemeinschaft hochgefährlich. Vorbereitungen oder Planungen für eine kommende Friedenszeit waren seit 1942 durch Erlasse von *Hitler* und *Göring* für illegal erklärt worden, doch ließen sich die Ökonomen davon nicht abschrecken.

An einer ihrer Beratungen nahm auch *Goerdeler* teil, der frühere deutschnationale Politiker und Leipziger Oberbürgermeister. Schon früh hatte er versucht, etwas gegen die NS-Politik gegen Juden und Oppositionelle zu unternehmen. 1936 trat er in Leipzig von seinem Amt zurück, der vordergründige Anlass war sein Protest gegen die Entfernung einer Denkmalstatue des jüdisch-stämmigen Komponisten *Felix Mendelssohn Bartholdy* durch lokale Nazis. Seitdem reiste er – offiziell als Berater bei der Firma Bosch angestellt – rastlos durch die Welt, um Kontakte zu britischen, amerikanischen und anderen westlichen Regierungen zu knüpfen, die er vor *Hitler* warnen wollte.

Nicht allen Teilnehmern der Arbeitsgemeinschaft von Beckerath war 1943/44 bekannt, dass ihr Gast *Goerdeler* inzwischen die zivile Spitzenfigur des Widerstands gegen *Hitler* war, der gemeinsam mit

dem früheren Generalstabschef *Ludwig Beck* an einem Staatsstreich arbeitete. Nicht alle wussten, dass *Lampe* je ein Exemplar ihrer Studien an *Goerdeler* und an *York von Wartenburg* vom Kreisauer Kreis verschickte. In den Jahren 1941 bis 1944 hat sich *Goerdeler* etwa zehnmal mit Freiburger Professoren um *Eucken* und *Ritter* getroffen und stand in regem Briefkontakt mit ihnen. Von seiner Ausbildung war er Jurist, interessierte sich aber zugleich brennend für wirtschaftliche Fragen und war ausgesprochen marktwirtschaftlich orientiert, dies auch während seiner Zeit als sogenannter Reichspreiskommissar. Die Ideen der ordoliberalen Ökonomen flossen auch in eine von ihm verfasste „Wirtschaftsfibel“ ein, die nach dem Krieg zur ökonomischen Volksbildung eingesetzt werden sollte.

Von den mehr als 40 Gutachten der Arbeitsgemeinschaft²⁹ ragten die Überlegungen zu einer Währungsreform („Währungsreparatur“) heraus. Ausgangspunkt der Überlegungen waren die potenziellen Gefahren für die Geldwertstabilität. Sie ergaben sich aus einer „zurückgestauten Inflation“, bewirkt durch die Geldschöpfung zur Kriegsfinanzierung in Verbindung mit dem seit 1936 bestehenden weitgehenden Preisstopp. Um den Ausbruch einer offenen Inflation zu vermeiden, wenn die Preise freigegeben werden, war es notwendig, den hohen Geldüberhang zu beseitigen, betonten *Lampe* und *Eucken*. Der Kopf der Freiburger Schule hatte erkannt, dass Währungsreform und Wirtschaftsreform zusammengehörten: Das eine sollte das Ungleichgewicht zwischen Geld- und Gütermenge beseitigen, das andere eine freie Preisbildung ermöglichen, sodass Preise wieder die reale Knappheit abbilden konnten und Ressourcen in die produktivste Verwendung lenkten.

Ähnlich argumentierte in dieser Zeit auch *Ludwig Erhard*. Er arbeitete seit 1942 in einem kleinen privaten Wirtschaftsforschungsinstitut, machte sich aber bereits eigene ordnungspolitische Gedanken. Anfang 1944, als die militärische Niederlage bereits absehbar war, verfasste *Erhard* eine geheime Denkschrift zur Frage der Kriegsschulden und des Übergangs zur Friedenswirtschaft. Das entscheidende Problem sah er wie die Freiburger, deren Schriften er zum Teil kannte, im extremen Geldüberhang nach Jahren der monetären Expansion durch die Nationalsozialisten.³⁰ Würde das Un-

²⁷ Zitiert nach ebenda, Seite 127.

²⁸ Zitiert nach Christine Blumenberg-Lampe, a. a. O., Seite 40.

²⁹ Dokumentiert in Christine Blumenberg-Lampe (Hrsg.), *Der Weg in die Soziale Marktwirtschaft. Referate, Protokolle, Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath 1943–47*, Stuttgart 1986.
³⁰ Vgl. *Ludolf Herbst*, *Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945*, Stuttgart 1982, Seiten 410–415.

gleichgewicht zwischen Geld- und Gütermenge nicht ausgeglichen, schien der wirtschaftliche Aufbau nach dem Krieg gefährdet. In seiner Denkschrift präsentierte er daher ebenso einfache wie radikale Schritte zur Schuldenkonsolidierung und zur Überwindung des Geldüberhangs.

Zugleich plädierte *Erhard* für eine schrittweise Abschaffung der Preiskontrollen und für eine Rückkehr zur Koordination über den Markt. So schrieb er in der Einleitung: „Ich war und bin der Auffassung, dass die günstigste Methode, den öffentlichen Bedarf zu decken, immer noch die über den Wettbewerb am Markt ist.“³¹ Seine 268 Seiten lange Denkschrift schloss mit Sätzen, die an das Credo der Ordoliberalen erinnerten: „Nie mehr wird der Staat in die Rolle des Nachwächters zurückverwiesen werden, denn auch die freieste Marktwirtschaft, und gerade diese, bedarf eines Organs der Rechtssetzung und Rechtsüberwachung.“ Wenn hier auch Skepsis gegenüber einer Politik des Laissez-faire deutlich wurde, stellte er doch klar, „das erstrebenswerte Ziel bleibt in jedem Falle die freie, auf echtem Leistungswettbewerb beruhende Marktwirtschaft mit den jener Wirtschaft immanenten Regulativen“.³²

Die Denkschrift, entstanden auf Anregung von Bekannten *Erhards* in der Reichsgruppe Industrie, wo sein Schwager als Geschäftsführer arbeitete, war eine heikle Sache, da sie wie schon die Gutachten der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath gegen das Verbot von Nachkriegsplanungen verstieß. Eine überarbeitete Version gelangte zudem ins Reichswirtschaftsministerium, wo sich der Staatssekretär und hohe SS-Offizier *Otto Ohlendorf* interessiert zeigte. Anfang Juli 1944 hatte *Erhard* sein Memorandum auch an *Goerdeler* geschickt, mit dem er in Briefkontakt stand. Als dieser schon vor der Gestapo auf der Flucht war, las er *Erhards* Memorandum in seinem Versteck und lobte die „sehr gute Arbeit, der ich im Wesentlichen zustimme“.³³ Die Denkschrift machte *Erhard* nicht zum großen Widerstandskämpfer, doch beweist sie, dass er schon während des Krieges im Widerspruch zur NS-Politik eigene Zukunftsentwürfe machte. Nachdem *Goerdeler* reichsweit zur Fahndung ausgeschrieben war, verbrannte *Erhard* eilends alle Korrespondenz und anderes potenziell belastendes Material.

31 Ludwig Erhard, *Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung* (Faksimile der Denkschrift von 1944), Frankfurt 1977.

32 Ebenda, Seite 264.

33 Zitiert nach Volker Hentschel, *Ludwig Erhard. Ein Politikerleben*, Berlin 1998, Seite 38.

Buchhinweis

Ludwig Erhard, *Das Prinzip Freiheit. Maximen und Erkenntnisse*, herausgegeben von Lars Vogel im Auftrag der Ludwig-Erhard-Stiftung, Anaconda Verlag, 160 Seiten. Das Buch ist im Buchhandel erhältlich.



Das fehlgeschlagene Attentat auf *Hitler* vom 20. Juli 1944 löste eine beispiellose Verfolgungswelle gegen die Mitglieder und das Umfeld des bürgerlichen und militärischen Widerstands aus. Nach unterschiedlichen Schätzungen verhaftete die Gestapo in den folgenden Monaten etwa 5 000 bis 7 000 Männer und Frauen, die als Mitarbeiter oder Mitwisser der Verschwörung verdächtigt wurden.

Darunter war auch die Kerngruppe der Freiburger Kreise: *Von Dietze* und *Lampe* wurden im September verhaftet, nachdem wohl *Goerdeler* unter Folter ihre Namen preisgegeben hatte, und in Berlin-Moabit im Gefängnis in der Lehrter Straße eingesperrt. Im November wurde auch *Gerhard Ritter* verschleppt, zunächst ins Konzentrationslager Ravensbrück, dann kam auch er nach Berlin-Moabit. Während sich die Freiburger Fakultät für ihre Kollegen einsetzte und Studenten ihre Professoren besuchten, war *von Dietze* mehrfach schwersten Folterverhören ausgesetzt. Auch *Eucken* war Ende 1944 von der Gestapo verhört worden. Mit großem Glück entging er aber einer Anklage, da er seine Aussagen mit den in Berlin inhaftierten Kollegen mittels Kassiber ab sprechen konnte, die einer seiner Studenten heimlich ins Gefängnis schmuggelte. *Böhm* entging dank einer Namensverwechslung einer Verhaftung.

In den berüchtigten Schauprozessen verurteilte der Volksgerichtshof unter *Roland Freisler* zur gleichen Zeit die „Verräter“ des 20. Juli. *Goerdeler* wurde am 2. Februar 1945 in Berlin-Plötzensee enthauptet, der frühere preußische Finanzminister *Johannes Popitz* am gleichen Tag erhängt. Schließlich wurde *von Dietze* im April 1945 vor den Volksgerichtshof gestellt. Die Anklage gegen ihn lautete wie gegen andere, sie hätten sich an den „Putschvorbereitungen des Verräters *Goerdeler* und seiner Hintermänner“ beteiligt, indem sie Pläne für eine wirtschafts-, sozial- und kulturpolitische Neugestaltung Deutschlands entwarfen. Das Urteil lautete Hochverrat und damit Todesstrafe, wurde aber nicht mehr vollstreckt. *Von Dietze*, *Lampe* und *Ritter* konnten wenige Tage vor Kriegsende im allgemeinen Zusammenbruchschaos aus dem Gefängnis entkommen, als die Truppen der Roten Armee die Hauptstadt besetzten.

Neubeginn in der Sozialen Marktwirtschaft

Die wirtschaftspolitischen Entwürfe aus dem Widerstand blieben nicht unbeachtet: *Eucken* unterstützte bis zu seinem Tode 1950 die freiheitlichen Vorstellungen *Ludwig Erhards* und dessen Schritte für eine Währungsreform bei gleichzeitiger Preisfreigabe im Juli 1948. Die Gegenkräfte waren stark, doch *Erhard* setzte sich gegen eine Front von Zweiflern durch. Er hielt auch Kurs, als die Gewerkschaften einen Generalstreik gegen ihn organisierten. Im August 1948 erschien ein Gutachten von *Röpke*, das Bundeskanzler *Konrad Adenauer*

in Auftrag gegeben hatte. Unter dem Titel „Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig?“ verteidigte *Röpke* die Politik *Erhards* gegen Anfeindungen: „Auch der hartnäckigste Gegner der Marktwirtschaft muss anerkennen, dass sie, gemessen an dem durch sie überwundenen Zustand, ein ungeheurer Erfolg und ein Experimentalbeweis für die Überlegenheit eines Wirtschaftsprinzips ist.“ Der Unterschied der Wirtschaftslage vor und nach der Wirtschafts- und Währungsreform sei „so ungeheuer, dass Ausländer, die nach einigen Jahren nach Deutschland zurückkehren, von einem Wunder sprechen“.³⁴

Die mutigen Ökonomen, die 1943 und 1944 in der Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath über die Wirtschaftsordnung diskutierten, waren in der Bundesrepublik geachtete Ratgeber der Regierung. Von den elf Teilnehmern wurden sechs – *Eucken*, *Lampe*, *von Beckerath*, *Böhm*, *Erich Preiser* und *Theodor Wessels* – 1948 in den wissenschaftlichen Beirat des Wirtschaftsministeriums berufen, dessen Vorsitz *von Beckerath* von 1950 bis 1964 übernahm. Die während des Weltkrieges entworfenen Gedanken der Freiburger flossen so in die Ausgestaltung der Sozialen Marktwirtschaft ein, die ihren wichtigsten Ausdruck im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen fand: Es erfüllte nicht alle Forderungen der Freiburger, doch war es ein Meilenstein, um die deutsche Kartelltradition zu brechen und einen offenen und freien Wettbewerb als Grundlage einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung zu eröffnen. ■

34 Wilhelm Röpke, *Ist die deutsche Wirtschaftspolitik richtig? Analyse und Kritik*, Stuttgart/Köln 1950, Seite 18.